

Marx der Erste

Kirche. Kardinal Reinhard Marx von München-Freising bietet dem Papst seinen Rücktritt an. Doch das könnte ein Schritt nach vorn sein.

VON KURT REMELE

In Claus Peymanns texttreuer Bochumer Inszenierung von Thomas Bernhards „Der Theatremacher“ von 1985 ertönte am Ende der Schreckensruf „Der Pfarrhof brennt“. Der katholische Geistliche Reinhard Marx, der zu dieser Zeit an der Ruhr-Universität Bochum seine theologische Dissertation verfasste, hatte sich, wie er mir persönlich mitteilte, über diese Schlusszene amüsiert. Ich war damals wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bochumer Uni und traf Marx wöchentlich im sozialemischen Oberseminar. Auch wenn wir in theologischen und politischen Fragen oft unterschiedlicher Meinung waren, so verband uns dennoch die gemeinsame Begeisterung für Thomas Bernhard.

Dreieinhalb Jahrzehnte später bekennt Reinhard Marx als Erzbischof von München-Freising, dass die gesamte Kirche brennt. Er gesteht seine Mitschuld am systemischen Versagen der römisch-katholischen Kirche ein und bietet dem Papst seinen Rücktritt an, und dies in beeindruckender und glaubhafter Art und Weise. Marx ist der erste ranghohe Kleriker, der eine solche Ausdruckshandlung setzt. In seiner am 4. Juni veröffentlichten Erklärung ist zu lesen: „Ich bin bereit, persönlich Verantwortung zu tragen, nicht nur für eigene mögliche Fehler, sondern für die Institution Kirche, die ich seit Jahrzehnten mitgestalte und mittrage.“

Die Verbrechen sexualisierter Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen und die dabei zutage tretende Option der katholischen Kirche für die klerikalen Täter hat Marx offenbar schwer erschüttert und seine Theologie verändert.

Die Kirche steht in Flammen. In Bernhards „Theatremacher“ wird der Brand durch einen Blitzschlag verursacht. In der Realität westlicher Gesellschaften ist es eher ein fortschreitender Schmelzbrand, der der Institution Kirche zu schaffen macht: Die Gottesdienstgemeinden sind überaltert, das hierarchische kirchliche System erscheint obsolet, junge Menschen sind dem christlichen Glauben entfremdet.

Reinhard Marx ist Mitglied des von Papst Franziskus eingerichteten Kardinalsrats, der das Kirchenoberhaupt bei der Regierung der Weltkirche berät. Somit genießt der Münchner Erzbischof die besondere Wertschätzung des Papstes. Dass Franziskus Marx' Angebot des Amtsverzichts annehmen und ihn zum Beichtvater eines Frauenklosters ernennen würde, war höchst unwahrscheinlich. Der US-amerikanische Journalist und Vatikan-Kenner John L. Allen vermutete vielmehr, dass Marx' kirchliches Prestige durch seine ungewöhnliche Aktion weiter steigen wird. Vermutlich werde der Papst seinen Rücktritt als Erzbischof von München annehmen, ihn aber danach sofort in den Vatikan holen. So könnte Marx etwa dem kanadischen Kardinal Marc Ouellet als Präfekt der einflussreichen Bischofskongregation nachfolgen. Am Donnerstag wurde allerdings bekannt, dass der Papst den Rücktritt von Marx nicht annimmt.

Halber Prophet

Der heute fast vergessene schottische Schriftsteller Bruce Marshall hat zahlreiche Romane verfasst, in denen Kirche und Kleriker eine zentrale Rolle spielen. Einer der späteren trug den Titel „Marx the First“, ein seltsamer Papstname, der dadurch zustande kam, dass der Dekan des Kardinalskollegiums sich verhörte: Statt des vom neu gewählten Papst genannten Namens „Mark“ verstand er fälschlicherweise „Marx“.

Marshall's Roman erschien 1975, seine Handlung spielt im Jahre 1996. Doch vielleicht erweist sich Bruce Marshall zumindest als halber Prophet. Die Vorstellung, dass das Oberhaupt der katholischen Kirche vielleicht schon im Jahre 2026 Marx heißen könnte, entbehrt nicht eines gewissen Reizes und einer gewissen Ironie.

Prof. Dr. Kurt Remele ist Leiter des Instituts für Ethik und Gesellschaftslehre an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Uni Graz. Zuletzt erschien „Es geht uns allen besser, wenn es allen besser geht“. Die ethische Wiederentdeckung des Gemeinwohls“ (Matthias-Grünewald-Verlag).

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Die nächste Migrantenvelle droht, die EU hat weder Mut noch Plan

Sechs Jahre nach dem Desaster von 2015 ist die Festung Europa noch immer im Bau, deren Fertigstellung ist höchst ungewiss.

Einem internen Papier, das die EU-Grenzschutzagentur Frontex Anfang der Woche den Innenministern der Union zukommen ließ, war zu entnehmen, dass die Zahl der irregulären Migranten in die EU wieder stark im Steigen begriffen ist: Allein von Jänner bis Mai betrug sie 42.700, ein Plus von rund 30 Prozent gegenüber 2020. Am stärksten war der an der Westbalkanroute verzeichnete Anstieg mit 85 Prozent; was insofern bemerkenswert ist, als diese Route ja eigentlich als mittlerweile geschlossen galt.

Nun sind diese Zahlen zwar hoch, gemessen an der Völkerwanderung der Jahre 2015/16 aber noch immer recht überschaubar. Das ist die (noch halbwegs) gute Nachricht. Die schlechte: Wenn die EU-Staaten nicht endlich robuste Maßnahmen gegen die illegale Zuwanderung ergreifen, ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Ereignisse des Jahres 2015 wiederholen. Denn einerseits waren die vergleichsweise geringen Zahlen des Jahres 2020 vor allem der Pandemie geschuldet, die nun – hoffentlich – ausklingt. Andererseits ist absehbar, dass nach dem Abzug der Nato aus Afghanistan wieder sehr viele Afghanen gen Westen ziehen werden. Aber auch aus afrikanischen Ländern wie etwa Tunesien drängen wieder deutlich mehr Migranten in Richtung EU.

Und das zum ungünstigsten aller ungünstigen Zeitpunkte. Im Nachgang zur Pandemie sind die EU-Staaten ohnehin mehr oder weniger pleite, was nur durch Gelddrucken und künstliche Nullzinsen camouffiert wird. Neue finanzielle Belastungen durch illegale Massenzuwanderung – in Österreich nach 2015 rund zwei Milliarden Euro pro Jahr – brauchen die Europäer so dringend wie eine vierte Corona-Welle im Herbst. Über höhere Steuern und weniger staatliche Leistungen zu debattieren, um die Corona-Schulden abzutragen, und gleichzeitig neue illegale Migranten zu alimentieren, das wäre ein politisch interessantes Experiment.

Dazu kommt, dass im Gefolge einer derartigen Massenzuwanderung nicht nur die rechtsextreme Marine Le Pen in Frankreich 2022 Präsidentin werden

könnte, sondern ähnliche politische Kräfte in ganz Europa neuen Auftrieb bekommen dürften; zur Freude Russlands und Chinas, die an einer möglichst desolaten Union interessiert sind.

Angesichts dieses eher brisanten Szenarios reagieren die Mitgliedstaaten der EU, aber auch diese selbst, bemerkenswert schnarchnasig. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex musste sich erst dieser Tage vom Brüsseler Rechnungshof bestätigen lassen, „bislang nicht den von ihr erwarteten Beitrag zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und grenzüberschreitenden Kriminalität geleistet“ zu haben. Das ist sechs Jahre nach 2015 irgendwie bemerkenswert.

Keinen Fortschritt vermeldet auch der jüngste „Fortschrittsbericht“ der EU-Ratspräsidentschaft in Sachen gemeinsamer EU-Migrationspolitik. Nicht einmal eine gemeinsame Fingerabdruckdatenbank für Asylwerber (Eurodac) ist in Sicht, und zum zentralen, aber heiklen Punkt „der Solidarität bei der Aufnahme von

Asylwerbern“ lässt uns die Ratspräsidentschaft wissen, sie „verschafft sich einen Überblick über die differierenden Positionen“. Man hätte das auch einfacher formulieren können: „Sorry, Leute, aber wir schaffen das nicht.“

Schon allein, weil sich der Wähler eher früher als später mit dieser Antwort nicht zufriedengeben wird, werden es die Nationalstaaten oder „Koalitionen der Willigen“ lösen müssen. Etwa durch ein Einfrieren der Migration nach Möglichkeit auf null für die nächsten Jahre, wie es der französische Brexit-Verhandler Michel Barnier für seine Heimat fordert, sei es durch die Errichtung von sicheren Lagern auf afrikanischem Boden, wie es Dänemark plant. Und ja, dazu gehören natürlich auch robuste polizeiliche Maßnahmen, die die irreguläre Einreise in die EU unterbinden, so gut es halt geht.

Alles nicht sehr erfreulich, gewiss. Die Alternativen werden allerdings noch viel weniger erfreulich sein.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor:

Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline“. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

rückzuweisen. Ich kann nur für mich sprechen und mache das hiermit:

Ich habe niemals in einem Chat Frauen beleidigt, über Flüchtlinge Witze gerissen oder meinen Status in der Gesellschaft über andere erhoben (vulgo über den Pöbel gespottet). Mich deshalb als verlogen, bigott oder dement zu bezeichnen, ist eine Unterstellung, die an Ehrenbeleidigung grenzt. Schließen Sie nicht von sich selbst auf andere.

Ich wurde mit einer Behinderung geboren und weiß deshalb, was Spott, Beleidigung und Herabwürdigung bedeuten.

Johann Josef Glanz, 8330 Feldbach

Vorschläge für behaglichere Sommer

„Der Sommer unseres Unbehagens. Wer entscheidet über Privates?“, „Quergeschrieben“ von Anneliese Rohrer, 5. 6.

Frau Rohrer erhebt eine Reihe von Fragen, deren Beantwortung mir nicht so schwierig erscheint:

Grundsätzlich dürften Inhalte aus Ermittlungsakten Beschuldigter bzw. Verdächtigter nicht an die Öffentlichkeit gelangen (siehe deutsches Recht). Auch Personen des öffentlichen Lebens verdienen Datenschutz, Wahrung der Privatsphäre und des Briefgeheimnisses. Denn sehr schnell kann der Ruf und damit das berufliche Fortkommen ruiniert werden.

Natürlich muss die Staatsanwaltschaft Anzeigen nachgehen, dann ist zu klären, ob es zu einer gerichtlichen Klage kommt. Sobald ein Gerichtsverfahren eröffnet ist, kann durchaus öffentliches Interesse an dessen Verlauf und am Urteil bestehen. Derzeit kann der Nachsatz, dass die Unschuldsvermutung gilt, nur als Heuchelei gesehen werden. Es müsste bestimmt werden, welche Personen von öffentlichem Interesse sind: alle Beamten, Lehrer, Polizisten, etc. oder in der politischen Hierarchie alle bis zum Bürgermeister oder bis zum Gemeinderat? Schließlich muss in Zukunft ein Untersuchungsausschuss ein

Thema haben. Fragen und Interviews müssten in engem Zusammenhang mit diesem Thema stehen. Derzeit wird jedes x-beliebige Seitenthema ausgeleuchtet, nimmt unendlich viel Zeit der Akteure in Anspruch und hindert diese, ihren ureigensten Aufgaben nachzukommen.

Hausdurchsuchungen und die Konfiskation von Handys müssen sehr selektiv verfügt werden. Sie dürfen nicht die Regel werden, um aus Chats irgendwelche Vorwürfe zu konstruieren. Würde man diese Regeln einführen, könnten wir in Zukunft viel behaglichere Sommer erleben.

Dr. Christian Leydolt, 1020 Wien

Das Ereignis ist absehbar gewesen

„Wien musste Terminvergabe für Erststimpfungen stoppen“, von Christine Imlinger, 8. 6. Christine Imlinger schreibt, dass die eins(e)tige Prognose der Regierung, bis Juli könne sich jede und jeder, der oder die will, impfen

lassen, wie erwartet nicht hält. Das Ereignis ist absehbar gewesen, es sollte nur festgehalten werden, dass es nicht abstrakt die Bundesregierung war, sondern konkret Kanzler Kurz, der – auch sonst bei der Inszenierung nicht zurückhaltend – wieder einmal der Versuchung nicht widerstehen konnte, eine derartige Ankündigung zu machen.

Sollten sich die Ankündigungen nicht erfüllen, ist natürlich jemand anderer schuld.

Johannes Nendwich, 1190 Wien

Die Verantwortlichen sollten sich schämen

„Karajan-Platz vor der Umbenennung?“, 9. 6.

Bundeskanzler Helmut Schmid sagte einmal: „Nazi war er sicher keiner“, als über Herbert von Karajan gesprochen wurde. Ja, Karajan ist zweimal der NSDAP beigetreten, um in dieser Zeit dirigieren zu können. Ohne diesen Beitritt hätte er z. B. nicht Generalmusikdirektor in Aachen werden können oder

mit 30 Jahren in der Lindenoper den Tristan dirigieren.

Wenn die Stadt Salzburg ihm jetzt seinen Platz wegnimmt, sollen alle dafür verantwortlichen Gutmenschen, die nicht zwischen einem Täter und einem Parteimitglied unterscheiden können, sich schämen. Wahrscheinlich hat seit Mozart und Max Reinhardt niemand so viel für den internationalen Ruf Salzburgs getan wie Herbert von Karajan.

Dr. Christian Pfersmann, 1190 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: Stefanie Kompatscher

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.